

Prioritäten der türkischen Politik

Yilmaz, Bahri

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Yilmaz, B. (1995). *Prioritäten der türkischen Politik*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 9/1995). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-45320>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Prioritäten der türkischen Politik

Zusammenfassung

Vier besonders wichtige Themen bestimmen die türkische Innen- und Außenpolitik nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums: die Beziehungen zur EU, die Krise der türkischen Wirtschaft, die wachsende Stärke der islamistischen Bewegung und der Terror der PKK. Die damit verbundenen aktuellen Probleme gefährden die innere Sicherheit der Türkei und müssen nach Ansicht des Autors von der neuen Regierung Çiller prioritär behandelt werden. Im außenpolitischen Bereich erlitt die Regierung kürzlich einen Rückschlag durch den Aufschub des Beitritts zur Grundstufe der EU, was die Integration in den westeuropäischen Zusammenhang weiter hinauszögert. Erschwert wird die außenpolitische Entwicklung der Türkei durch die schwerste Wirtschaftskrise seit Gründung der Republik. In den Augen des Autors reagiert die Regierung darauf nicht adäquat. Die schlechte Wirtschaftslage beschwört nicht nur soziale Konflikte herauf, sondern leistet auch der Ausbreitung eines religiösen Fundamentalismus Vorschub, der die Grundlage der laizistischen Gesellschaft im Lande bedroht. Überdies beeinträchtigen die Aktivitäten der terroristischen PKK im Osten der Türkei die innere Sicherheit. Angesichts dieser Probleme ist der Erfolg bei der Wiederherstellung der inneren Sicherheit abhängig von der Sanierung der Wirtschaft, der Erhaltung und Fortführung der Demokratisierung und der Integration nach Europa. Der Autor steht der türkischen Regierung generell kritisch gegenüber und formuliert von daher seine Einschätzungen.

Beziehungen der Türkei zur EU

Der 19. Dezember 1994 hätte zu einem Meilenstein und Wendepunkt der türkischen Außenpolitik werden können. An diesem Tag sollte der seit über dreißig Jahren eingeleitete Prozeß die Integration in die EG/EU abgeschlossen werden. Ab 1. Januar 1996 sollte die Türkei der Grundstufe der EU beitreten. Damit hätte die seit 150 Jahren andauernde und mit den kemalistischen Reformen vorangetriebene Diskussion über die

Zugehörigkeit der Türkei zu Europa förmlich beendet werden können. Aber die Umsetzung des Beschlusses der EU-Kommission und des EU-Assoziierungsrates zugunsten der Türkei wurde durch die griechische Vetobefugnis und die vom Europäischen Parlament beschlossene Resolution über die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei bis zur nächsten Sitzung am 6./7. März 1995 aufgeschoben. Der Grund dafür ist, daß Ankara bezüglich der Demokratisierung und Menschenrechte außerstande war, die notwendigen Schritte vollständig zu unternehmen.

Was wird geschehen, wenn die Türkei bis auf weiteres vom europäischen Integrationsprozeß ausgeschlossen bleibt? Wieder wird man zu der schmerzhaften Einsicht gelangen, den Anschluß an die EU nicht geschafft zu haben. Die Türkei droht am Rand des "europäischen Hauses" in Bedeutungslosigkeit zu versinken. Diese momentan entmutigende Haltung der EU wird von anderen, innenpolitisch bedingten Konflikten begleitet.

Wirtschaftskrise

Die Türkei steckt in ihrer tiefsten und schwierigsten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Krise seit der Gründung der Republik 1923. Die politische und wirtschaftliche Stabilität des Landes scheint ernsthaft gefährdet zu sein. Trotz des am 5. April 1994 eingeführten Stabilisierungsprogramms und der mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) erzielten Vereinbarungen sind die vor kurzem bekanntgegebenen Wirtschaftsdaten für das Jahr 1994 alarmierend: eine negative reale Wachstumsrate von fünf Prozent, eine galoppierende Inflationsrate von 150 Prozent, eine besorgniserregende Arbeitslosenzahl und eine zuungunsten der arbeitenden Bevölkerung verschlechterte Einkommensverteilung; hinzu kommen eine erdrückende Auslandsverschuldung von etwa 70 Mrd. US-Dollar sowie ein überaus hohes Haushaltsdefizit von offiziell 17 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

In dieser prekären Situation weist die türkische Wirtschaft starke Verzerrungen auf:

- Das Wachstumspotential wird erheblich eingeschränkt.
- Die Chancen, neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen, bleiben ungenutzt.
- Der Lebensstandard breiter Bevölkerungsschichten verschlechtert sich, und die Einkommens- und Vermögensverteilung wird durch Umschichtungen von unten nach oben immer weniger ausgewogen.

Obwohl die Wurzeln der gegenwärtigen Krise in der Türkei weit zurückliegen und die jetzige Regierung unter Ministerpräsidentin Tansu Çiller, die seit Juni 1993 im Amt ist, aus jüngeren und unerfahrenen Politikern zusammengesetzt ist, muß der Regierung der besondere Ernst der Lage und die Gefahr einer weiteren Zuspitzung der wirtschaftlichen Probleme bewußt sein. Ihre Aufgabe wäre es, das Land so schnell wie möglich aus dieser Sackgasse herauszuführen. Aber es vergingen Monate, bis die Regierung im April letzten Jahres endlich den Ernst der Lage begriff, und - auch unter dem Druck des IWF - versuchte, die Wirtschaft mit dem bekannten klassischen Sanierungsrezept in den Griff zu bekommen. So konzipierte sie ein Programm zur kurz- und mittelfristigen Sanierung und Reaktivierung der Wirtschaft und setzte dieses in die Praxis um. Die ersten Ergebnisse sind auf keinen Fall erfolversprechend oder ermutigend. Die Folge war einerseits, daß in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft Hoffnungen und Illusionen genährt wurden, die ererbten Probleme seien in absehbarer Zeit lösbar. Solidarität und Opferbereitschaft wurden groß geschrieben. Andererseits zeigte die Regierung weder hinreichende Durchsetzungskraft noch die nötige Klarheit um das Programm schlüssig und konsequent durchzuführen. Dies wiederum machte die verfolgte Wirtschaftspolitik unberechenbar, wodurch die Regierung weitgehend ihre Glaubwürdigkeit verloren zu haben schien. Solche Unsicherheiten bewirken den Rückzug von Investitionen, die Intensivierung von Spekulationen und die Verstärkung der Schattenwirtschaft und tragen somit zur weiteren Vertiefung der Krise bei.

Die aufgrund der noch andauernden großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten ausgelöste Krise des Vertrauens in die Wirtschaftsführung könnte zu heftigen Verteilungskämpfen und sozialen Konflikten führen, die heute bereits unter verschiedenen ideologisch-politischen Decknamen zu spüren sind. Sie sollten Anlaß zu ernsthaften Überlegungen geben.

Verstärkung der islamistischen und fundamentalistischen Bewegung

Es bedarf keiner Erwähnung, daß wirtschaftliche und politische Ereignisse nicht unabhängig voneinander

sind, sondern sich gegenseitig bedingen.

So schaffen die negativen Erscheinungen im wirtschaftlichen Bereich einen gewissen Unmut unter den von der wirtschaftlichen Krise am schwersten betroffenen Bevölkerungsteilen (Bauern, Arbeiter, Arbeitslose). Sie suchen nach einem überzeugenden und zukunftsversprechenden Hoffnungsträger, der sie aus der Sackgasse herausholen und ihnen eine positive Perspektive geben kann.

Die Rolle des Hoffnungsträgers erfüllten bis zum Zerfall der Sowjetunion die überwiegend sozialistisch oder sozialdemokratisch orientierten Linksparteien. Nun werden sie durch die pro-islamisch orientierte "Wohlfahrtspartei" (Refah Partisi, RP) ersetzt.

Die türkischen Kommunalwahlen vom 27. März 1994 machten diese Tatsache deutlich. Die RP konnte ihren Stimmenanteil innerhalb von drei Jahren von 9,7 Prozent auf 19,09 Prozent nahezu verdoppeln und eroberte in 28 von 76 Provinzhauptstädten den Bürgermeisterposten. Besonders überraschend war für die politische und wirtschaftliche Elite, das nunmehr mit dem wirtschaftlichen und kulturellen Zentrum Instanbuls und der Hauptstadt Ankara, dem Symbol der neuen Republik, die zwei wichtigsten Metropolen der Türkei in den nächsten fünf Jahren von Repräsentanten der Islamisten regiert werden.

Wahlanalysen zufolge setzte sich die Wählerschaft nicht nur aus den traditionellen Stammwählern der RP zusammen, sondern auch aus den von der Wirtschaftskrise hart betroffenen Massen und Außenseitern (Protestwählern), die anscheinend von dem von der RP propagandierten Konzept der "gerechten Gesellschaft" überzeugt waren. Nun wird oft die Frage gestellt, ob die Türkei vor einem "algerischen (oder iranischen) Weg" steht, oder ob die als fest im Westen verankert geltende Türkei ihre Orientierung ändern wird.

Die Antwort ist von zwei ausschlaggebenden Faktoren abhängig:

1. Wird die Regierung in der Lage sein, mit den geringstmöglichen Sozialkosten und ohne gesellschaftliche Turbulenzen Bedingungen für eine Gesundung der Wirtschaft zu schaffen und überzeugende Maßnahmen auch dann zu erwägen, wenn sie unpopulär erscheinen? Nur so können die etablierten bürgerlichen Parteien ihre schon angeschlagene Glaubwürdigkeit wiederherstellen und den Vormarsch der Islamisten stoppen.
2. Die Türkei praktiziert seit der Gründung der Republik das laizistische Prinzip, das ein unverzichtbarer Bestandteil und Grundpfeiler der jungen türkischen Republik ist und auch in Zukunft bleiben wird.

Dieser Grundsatz bedeutet einen entscheidenden Unterschied zwischen der laizistischen Türkei und der restlichen islamischen Welt. Er heißt aber nicht, daß die traditionellen und sozialen Lebensformen, die eng mit der Religion verbunden sind, radikal unterdrückt oder verändert werden dürfen. Einerseits sollte man sie im Rahmen der gegebenen Umstände tolerieren und akzeptieren, andererseits ist sehr aufmerksam darauf zu achten, daß sich den Fundamentalisten auf keinen Fall die Gelegenheit bietet, die bestehende demokratische Grundordnung nach dem islamischen Glaubensbekenntnis zu verändern.

Terroristische Aktivitäten der PKK

Hinzu kommt die Fortsetzung des seit über zehn Jahren andauernden Kampfes gegen die separatistische Terrororganisation PKK im Südosten des Landes. Dieser Kampf fordert nicht nur Menschenleben, sondern trägt auch erheblich zur ohnehin existierenden wirtschaftlichen Krise des Landes bei. Solange in dieser Region die Normalität nicht wiederhergestellt und der Terrorismus endgültig beseitigt ist, kommt keine politische Lösung des Problems in Sicht.

Die herrschende Meinung im Westen, eine politische Lösung sei der einzige Weg, gibt die Tatsachen nicht realitätsgetreu wider. Das Hauptproblem des betroffenen Gebiets ist überwiegend wirtschaftlicher und struktureller Art. Ungeachtet der seit Jahrzehnten realisierten staatlichen Investitionen im Armenhaus der Türkei, war es nicht möglich, die Kluft zwischen dem Osten und dem Westen des Landes zu vermindern. Die aufgrund der hohen Bevölkerungszuwachsrates entstandene Arbeitslosigkeit liegt in Südwestanatolien im Vergleich zum westlichen Teil der Türkei über dem Durchschnitt. So setzt sich die Abwanderung in die Ballungsgebiete und Metropolen (Istanbul, Ankara) unvermindert fort und führt zur Ghettobildung in den Industriezentren.

Darüber hinaus herrschen in diesem Gebiet feudalistische sozio-kulturelle Verhältnisse, die auch ein we-

sentliches Hindernis für rasche wirtschaftliche Entwicklung darstellen. Abgesehen davon, hat das Wirtschaftsembargo gegen den Irak zur Verschärfung der wirtschaftlichen Lage erheblich beigetragen. Da sich die Exporteinnahmen aus dem Irak vor dem Golfkrieg auf etwa 2 Mrd. US-Dollar beliefen, waren die Menschen in dieser Region vom Waren- und Dienstleistungsverkehr zwischen der Türkei bzw. dem Ausland und dem Irak bzw. Golfregion stark abhängig. Es steht aber fest, daß mit der Verwirklichung der GAP (Southeast Anatolien Development Project) die Wirtschaftsstruktur der Region tiefgreifend verändert und die bedrohliche Massenarbeitslosigkeit erheblich verringert werden kann.

Ohne Zweifel wird in den nächsten Monaten aufgrund der terroristischen Aktivitäten und des fundamentalistischen Vormarsches der Gesichtspunkt der inneren Sicherheit im Vordergrund stehen. Die Erfolgchancen für die Wiederherstellung der inneren Sicherheit hängen in erster Linie von drei Faktoren ab:

- a) Als erstes wird die unseres Erachtens größte Gefahr für das Land dargestellt: gelingt es der türkischen Regierung den schmerzhaften Sanierungsprozeß der Wirtschaft mit eigener Kraft erfolgreich zu Ende zu bringen und die sozialen Kosten der wirtschaftlichen Gesundung für die Lohnabhängigen tragbar zu machen? Zunächst müßte eine Verlangsamung der Hyperinflation und eine Verbesserung der Einkommensverteilung realisiert werden. Wenn das Programm scheitert, wird sich die wirtschaftliche Krise weiter zuspitzen und sich zu einer politischen Krise ausweiten oder sich sogar in eine politische Krise verwandeln. Dies könnte nicht nur für die Türkei, sondern für die ganze Region immense Folgen haben.
- b) Mit der wirtschaftlichen Gesundung sollte der Demokratisierungsprozeß forciert und die vom Militärregime eingeführte Verfassung verändert werden. Tiefgreifende und umfassende Reformen in allen Bereichen des Lebens von der Erziehung bis hin zu Menschenrechten müssen durchgeführt werden.
- c) Die Stärkung von Demokratie und Marktwirtschaft in der Türkei kann nur durch die Integration der Türkei in die EU verwirklicht werden. Die wirtschaftliche, außen- und sicherheitspolitischen Interessen lenken die Türkei auf eine Zusammenarbeit vor allem mit der EU. Dieser Prozeß sollte zuerst durch den Beitritt der Türkei in die Zollunion ergänzt werden. Daher wird die nächste Sitzung des EU-Assoziationsrates am 6./7. März 1995 von großer Bedeutung für die Türkei sein. Abgesehen von kurzfristigen wirtschaftlichen Nachteilen der Zollunion, mit denen sich die Türkei auseinandersetzen muß, wird sich das Land mittel- und langfristig wirtschaftlich und politisch stabilisieren und an die europäischen Grundwerte anpassen. Die Türkei ist im europäischen Integrationsprozeß besser aufgehoben und konsolidiert als außerhalb desselben. Bekanntlich wurde die Süderweiterung aus politischen Gründen begrüßt. So hatte damals die Kommission der EU hervorgehoben, daß sich die EU nicht der politischen Verantwortung entziehen könne, die ihr durch Beitrittsanträge der drei (Spanien, Portugal und Griechenland) nach langer Zeit der Diktatur auferlegt sei und daß es aus diesem Grunde zur Erweiterung kommen müsse. Die gleichen Gründe kann heute die Türkei für ihr Beitrittsbegehren geltend machen.

Bahri Yilmaz

Der Verfasser ist Professor an der Fakultät für Wirtschafts-, Verwaltungs- und Sozialwissenschaften an der Bilkent-Universität in Ankara, Türkei.

Redaktion: Gerhard Wettig im Zusammenwirken mit Sabine Fischer.

Die Meinungen, die in den vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1995 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet.
Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110

ISSN 0945-4071